

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Montag, 20. Mai 2019 · Nr. 115 · 240. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.90 · €4.90



Präsident Alexander Van der Bellen und Kanzler Sebastian Kurz am Sonntag in Wien.

CHRISTIAN BRUNA / EPA

Österreich vor heissem Wahlkampf

Nach dem Rücktritt von Vizekanzler Strache ist die Regierung am Ende

IVO MIJNSSSEN

Nach dem Ende der rechten Regierungskoalition in Österreich haben sich Bundeskanzler Sebastian Kurz und Bundespräsident Alexander Van der Bellen auf baldige Neuwahlen verständigt. Wirklich schnell wird dies aber nicht gehen: Wegen der in der Verfassung vorgegebenen Fristen und der Sommerferien ist Anfang September der früheste Termin für den Urnengang, der laut Van der Bellen möglich ist. Die Wahl des Nationalrats solle Österreich einen Neuanfang ermöglichen, erklärte der Bundespräsident. Er versprach auch, für eine Aufklärung des Skandals rund um ein Video zu sorgen, dessen Bekanntwerden den Vizekanzler der Freiheitlichen Partei Österreichs, Heinz-Christian Strache, am Samstag zum Rücktritt von allen Ämtern gezwungen hatte.

Atemberaubendes Tempo

Die am Freitag völlig überraschend von deutschen Medien veröffentlichten Aufnahmen unbekannter Herkunft zeigen den damaligen Oppositionschef 2017 auf Ibiza. Dort stellt er einer angeblichen russischen Oligarchen-Nichte Staatsaufträge in Aussicht, falls sie die Boulevardzeitung «Krone» unter ihre Kontrolle und politisch auf Linie bringe. Während mehrerer Stunden diskutierten Strache und sein Vertrauter Johann Gudenus mit den Russen Aufträge für Autobahnen und Beteiligungen an Wasserversorgern. Strache schwärmt für ein autoritäres Mediensystem wie unter Viktor Orban in Ungarn und bespricht Möglichkeiten, die Deklarationspflicht für Spenden zu umgehen.

Die Aufzeichnungen enthüllen ihn als betrunkenen Prahler, der dem politischen Erfolg seiner Partei alle Skrupel unterordnet. Ob in der Folge wirklich Geld floss, ist unbekannt, und es wird von Strache be-

stritten. Seine Behauptung, das Treffen sei einmalig gewesen, widerlegte die «Süddeutsche Zeitung» am Sonntag mit weiteren Enthüllungen. Demnach gab es weitere Treffen zwischen Gudenus und den Russen, über die Strache informiert war. Die Oberstaatsanwaltschaft erklärte am Sonntag, aus den bisher veröffentlichten Ausschnitten liessen sich keine strafbaren Handlungen ableiten; da Strache damals noch nicht an der Macht gewesen sei, habe er die abgegebenen Versprechen

Straches Straucheln

Europawahl: Die Ibiza-Affäre schwächt die Rechtsnationalen. Seite 2

Kommentar: Präpotenz und Raffgier bringen den Vizekanzler zu Fall. Seite 9

gar nicht halten können. Politisch ist die Wirkung dennoch verheerend – Strache erscheint wie das exakte Gegenteil jenes Saubermanns im Politbetrieb, als der er sich stets inszeniert hatte.

Die Schockwirkung der Affäre sprengte die Koalition und zerlegte sie in atemberaubendem Tempo in ihre Einzelteile. Dies ist umso bemerkenswerter, als der konservative Kanzler Kurz die Allianz mit den Rechtspopulisten der FPÖ mehr als ein Jahr lang gegen alle Kritik verteidigt hatte. Die Beziehungen zwischen den Koalitionspartnern waren allerdings seit Wochen angespannt, da die Verbindungen der Freiheitlichen zu Rechtsextremen und rassistische sowie antisemitische Wortmeldungen von Parteigliedern immer wieder Zweifel an ihrer Regierungsfähigkeit weckten. Die Distanzierung Straches von diesem braunen Sumpf erfolgte nur zähneknirschend unter dem Druck des Kanzlers. Sie war entsprechend wenig glaubwürdig.

Dazu kamen Hinweise, dass die Freiheitlichen die politische Unabhängigkeit

des ihnen unterstehenden Verfassungsschutzes zu unterwandern versuchten: Während einer Razzia beim Nachrichtendienst war es letztes Jahr zu erheblichen Unregelmässigkeiten gekommen, auch im Zusammenhang mit Daten über rechtsextreme Gruppen. Zudem warnten zahlreiche ausländische Geheimdienste – darunter am Samstag auch der deutsche – vor einer Zusammenarbeit mit den Österreichern, da heikle Daten an Russland gelangen könnten. Die Frage der Erpressbarkeit von russlandfreundlichen FPÖ-Exponenten stellt sich angesichts des Videos mit neuer Dringlichkeit.

Unsichere Perspektiven

Obwohl die Koalition am Ende ist, bleibt vorerst unklar, wie die Regierungsarbeit bis zur Wahl im Herbst weitergeht. Die Opposition fordert die Ersetzung der freiheitlichen Minister, doch die Regierungsparteien haben sich noch nicht festgelegt. Kurz machte einzig klar, dass es kein Weitermachen wie bisher geben könne, auch nicht mit einer FPÖ unter neuer Führung. Am Sonntag relativierte er seine Aussagen jedoch dadurch, dass er betonte, die Regierung müsse handlungsfähig bleiben.

Wie sich die innenpolitische Lage in den langen Monaten bis zur Wahl entwickeln wird, ist sehr unsicher. In einer Rede am Sonntagnachmittag zeigte sich die SPÖ-Vorsitzende Pamela Rendi-Wagner bereits voll im Wahlkampfmodus. Sie machte Bundeskanzler Kurz dafür verantwortlich, die Freiheitlichen in die Regierung geholt und damit Österreichs Demokratie und internationalem Ansehen geschadet zu haben. Innerhalb der Sozialdemokratie wuchs in den letzten Tagen der Druck auf jenen Flügel, der sich einer Zusammenarbeit mit der FPÖ gegenüber offen gezeigt hat. Hans Peter Doskozil, der im Burgenland als einziger Landesparteichef mit den Freiheitlichen regiert, hat vorgezogene Neuwahlen angekündigt.

Doppelsieg für das Parlament

Klares Volks-Ja zum AHV-Steuer-Paket

Im zweiten Anlauf akzeptiert die Stimmbevölkerung die Reform der Firmensteuern. Die Versüssung mit AHV-Milliarden hat gewirkt. Kantonale Vorlagen zur Umsetzung der Steuerreform haben es zum Teil aber schwer.

HANSUELI SCHÖCHLI

Die SVP entschied den Abstimmungskampf um das Paket Firmensteuern/AHV schon früh. Obwohl über zwei Drittel der SVP-Bundesparlamentarier das Paket abgelehnt hatten, blieb die Partei im Abstimmungskampf an der Seitenlinie und enthielt sich sogar offiziell der Stimme. Damit kam es nicht zum grossen Zangengriff von links und von rechts gegen die Vorlage. Der Abstimmungskampf blieb eher flau.

Laut einer Analyse der Universität Bern war die Kampagne gemessen an den Inseraten im Vergleich zu anderen Kampagnen der letzten Jahre besonders einseitig; bis zum 9. Mai warben 99,1 Prozent aller Inserate in dieser Sache für ein Ja. Die offizielle Gegnerschaft war beschränkt auf relativ kleine Gruppierungen: ein links-grünes Referendumskomitee ohne offizielle SP-Unterstützung sowie bürgerliche Gruppierungen mit Vertretern der Jungen SVP, gewissen Jungfreisinnigen und den Grünliberalen.

Die Verknüpfung hat gewirkt

Am Ende unterstützten rund 66 Prozent der Urnengänger die Vorlage, und in allen Kantonen gab es Ja-Mehrheiten. Die Stimmbeteiligung war gemessen an der Bedeutung der Vorlage mit knapp 44 Prozent enttäuschend. Das klare Ergebnis lässt sich je nach politischem Gusto unterschiedlich interpretieren. Die grossen Befürworter-Parteien CVP, SP und FDP machten in ihren Stellungnahmen am Sonntag, was sie am liebsten machen: Sie klopten sich selber analysesfrei auf die Schultern. Auch die grösste Verlierer-Partei (die Grünen) sah im Ergebnis vor allem das, was sie sehen wollte: ein Ja zur AHV-Zusatzfinanzierung. Finanzminister Ueli Maurer sprach am Sonntag von einem «wichtigen Signal für die Sicherheit» mit Bezug auf die Planung der Firmen und auf die AHV. Zur Verknüpfung der Themen Steuern/AHV sagte Maurer, dass das Volk die Sache anders beurteile, als es die Juristen täten.

Das ist eine gewagte Behauptung. Gesichert ist nur, dass das Volk das vorgeschlagene Paket lieber annehmen als ablehnen wollte. Man könnte hier die Einsicht der Volksmehrheit in die Notwendigkeit der Steuerreform und einer Zusatzfinanzierung für die AHV hineinlesen. Man könnte aber auch mutmassen, dass die Nötigung der Stimmbürger mit der Verknüpfung der beiden sachfremden Themen gewirkt hat. In dieser Lesart wollten manche bürgerlichen Befürworter der Steuerreform keinen Scherbenhaufen riskieren und stimmten dem Gesamtpaket zu, selbst wenn sie gegen den AHV-Teil waren; diese Überlegung mag besonders bei wirtschaftsfreund-

lichen Kreisen eine erhebliche Rolle gespielt haben und hat auch die Oppositionslust der SVP gebremst. Die SVP ist zwar viel Kritik gewohnt, aber als «wirtschaftsfeindlich» will die Partei nicht wahrgenommen werden.

Auf der anderen Seite mögen manche linken Befürworter der AHV-Zusatzfinanzierung diesen Geldzustupf für das Sozialwerk so süss gefunden haben, dass ihnen der ungeliebte Steueranteil des Pakets einigermaßen erträglich schien. Die Linke kann zudem Steuer senkungspläne der Kantone auf kantonaler Ebene bekämpfen. Erfolgreich war dieser Kampf bereits im Kanton Bern. Diesen Sonntag fiel auch die Vorlage zur Senkung der ordentlichen Gewinn-

Nach den Abstimmungen

Mehr Luft: Höhere AHV-Einnahmen reduzieren den Reformdruck. Seite 11

Freude herrscht: Multinationale Firmen jubeln über das Ja. Seite 23

Kommentare: Gute Nachrichten und ein Kampf gegen Windmühlen. Seite 9

steuersätze im Kanton Solothurn knapp durch, während die kantonale Vorlage in Genf eine Ja-Mehrheit erreichte.

Gemessen an der zweiten SRG-Umfrage vom April zum nationalen Reformpaket hatten die Befürworter wie die Gegner mehrheitsfähige Argumente. Demnach sprachen besonders die Verbesserung der Rentensicherheit und der Erhalt der Standortattraktivität für das AHV-Steuer-Paket, während die «undemokratische» Verknüpfung von zwei sachfremden Themen und die Befürchtung von Steuerausfällen als Contra-Argumente zogen.

Die Firmensteuern und die Altersvorsorge werden auf der politischen Agenda bleiben. Die SP denkt seit einiger Zeit über eine Volksinitiative zur Beschneidung des Steuerwettbewerbs der Kantone mittels Mindeststeuersatz nach, der Bundesrat will bis Ende August seine Botschaft zur AHV-Revision ans Parlament schicken, und die Jungfreisinnigen planen eine Volksinitiative für eine «echte» Reform der Altersvorsorge.

Klares Ja zum Waffenrecht

Auch bei der zweiten nationalen Abstimmungsvorlage vom Sonntag erhielten Bundesrat und Parlament das Plazet der Urnengänger: 64 Prozent sagten Ja zur Anpassung des Waffenrechts an die EU-Regeln. Das von Schützen lancierte Referendum ist damit klar gescheitert.

Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie

Abstimmungsergebnisse in Prozent

Ja 64,0 Nein 36,0

Stimmbeteiligung: 43,3 Prozent

AHV-Steuer-Vorlage

Ja 65,6 Nein 34,4

Stimmbeteiligung: 43,2 Prozent

QUELLE: BFS

NZZ Visuals/cke.

